

STEIGENDE ENERGIEKOSTEN: 90 PROZENT DER SOZIALEN EINRICHTUNGEN UND DIENSTE SIND GEFÄHRDET

21. Oktober 2022



Foto: Gerd Altmann - pixabay.com

(Berlin) Für gemeinnützige soziale Einrichtungen stellen die aktuellen Preissteigerungen ein existenzielles Risiko dar, so das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in seiner Mitgliedschaft, an der sich über 1.300 Einrichtungen aus dem gesamten Spektrum sozialer Arbeit beteiligten. 90 Prozent der Befragten sehen ihre Einrichtung gefährdet. 46 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen geben an, dass sie es ohne Hilfe maximal ein Jahr schaffen, ihre Angebote weiterzuführen. Der Paritätische schlägt vor diesem Hintergrund Alarm und fordert einen umfassenden Schutzschirm für soziale Einrichtungen und Dienste. Der Verband geht davon aus, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag notwendig ist und mahnt Eile an. Bund, Länder und Kommunen müssten schnellstmöglich unbürokratisch verlässliche und finanziell auskömmliche Absicherung schaffen.

“Die Umfrage zeigt, dass es akuten Hilfebedarf gibt, da die massiven Preissteigerungen bei Strom und Wärme bereits kurzfristig greifen. Gemeinnützige Träger können Kostensteigerungen nicht einfach an ihre Klient*innen weitergeben, Rücklagen dürfen sie nur in begrenztem Umfang bilden und aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit der von ihnen unterstützten Personen lässt sich auch nicht einfach die Heizung runter drehen“, mahnt Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa des Paritätischen Gesamtverbands.

Die Ergebnisse der Umfragen belegen die Dringlichkeit: Bei 28 Prozent der befragten Einrichtungen stehen bereits in diesem Monat steigende Abschlagszahlungen für Strom an, für zwei Drittel aller Einrichtungen werden steigende Abschläge zeitnah bis Januar 2023 erwartet. Bei den Heizkosten,

für die 71 Prozent der Befragten eine Verdopplung und 26 Prozent sogar eine Verdreifachung erwarten, ist es ähnlich. Über 77% der befragten Einrichtungen rechnen neben den drastischen Preissteigerungen für Strom und Heizung zudem mit weiteren Kostensteigerungen, insbesondere die gestiegenen Lebensmittel- und Spritkosten belasten die sozialen Einrichtungen schon jetzt.

“Wenn gemeinnützige soziale Einrichtungen und Dienste nicht schnell, umfassend und unbürokratisch unterstützt werden, droht im Sozialen ‚Tabula Rasa‘“, warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Schneider appelliert an die Politik, keine Zeit verstreichen zu lassen. Soziale Einrichtungen und Dienste bräuchten umgehend eine verbindliche Zusage, dass man sie nicht im Regen stehen lasse. Gemeinnützige Organisationen mit ihrer Arbeit für und mit Menschen, die selber auf Hilfe, Beratung und Schutz angewiesen sind, leisteten täglich einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und seien auch für die Krisenbewältigung existenziell.

“Es kommt jetzt auf echte Solidarität an, damit wir unsere Gesellschaft sozial und ökologisch krisenfest und zukunftsfähig gestalten“, so Schneider. Es brauche zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen, aber auch eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung. Gemeinsam im breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis ruft der Paritätische unter dem Motto “Solidarisch durch die Krise – Soziale Sicherheit schaffen und fossile Abhängigkeiten beenden!” für Samstag, den 22. Oktober 2022 zu Demonstrationen in sechs Städten auf.

Die Ergebnisse der Umfrage lesen Sie auf www.der-paritaetische.de

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Telefon: 030 24636-305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)